

## Kommunikation

Pressekontakt: Saskia Krumbholz

Tel: 030 / 25 389 277

Mobil: 0160 / 95 07 75 50

E-Mail: saskia.krumbholz@awoberlin.de

Web: www.awoberlin.de

# Pressemitteilung

"Kürzt uns nicht weg!" 1000 Freiwillige demonstrieren am 20.9. in der Hauptstadt gegen geplante Bundesmittel-Kürzungen

Berlin, 19. September 2023

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) sind von einer massiven Kürzung der Bundesmittel und damit in ihrer Existenz bedroht. Stand heute würde ab 2024 jeder dritte Platz wegfallen. Anlässlich der Haushaltsverhandlungen des BMFSFJ haben die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der AWO Landesverband Berlin und der Demokratie & Dialog e.V. hunderte Freiwillige zu einer Großdemo im Herzen Berlins motiviert.

In Sonntagsreden wird der Dienst von Jugendlichen im sozialen Bereich mit höchsten Tönen gelobt. 100.000 Jugendliche leisten deutschlandweit jedes Jahr ein FSJ oder BFD. Das ist jede:r zehnte Schulabgänger:in. Die Jugendlichen und im BFD auch Lebensälteren engagieren sich in der Regel für ein Jahr lang hoch motiviert dort, wo es besonders wichtig ist: In Krankenhäusern, Kitas, Schulen, Horteinrichtungen, Sportvereinen, Jugendclubs, Seniorenheimen, in der Behindertenhilfe, in der Hilfe für Geflüchtete, in Kultureinrichtungen oder in Kirchengemeinden. Das Jahr ist für die Jugendlichen eine unbezahlbar wertvolle und prägende Zeit der Persönlichkeitsentwicklung und Verselbstständigung – und eine tragende Säule für den solidarischen und demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Der Koalitionsvertrag sieht einen nachfragegerechten Ausbau und eine Stärkung der Freiwilligendienste vor. Nun drohen Kürzungen von 113 Millionen Euro im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023. Ein herber Schlag für sozial engagierte Jugendliche und für all die Einsatzstellen, die den Dienst möglich machen.

**Diakonie-Direktorin Dr. Ursula Schoen:** "In Berlin und Brandenburg werden zunächst bis zu 2.000 Stellen wegbrechen. Damit sendet die Bundesregierung in Zeiten massiven Personalmangels verheerende Signale. Bis zu zwei Drittel der Freiwilligen bleiben der Sozialbranche verbunden, auch durch unsere professionelle pädagogische Begleitung. Sie erfahren in unseren Seminaren, dass sie in unserer Gesellschaft etwas bewirken können, bekommen so ein Gefühl für demokratische Grundhaltungen und entwickeln soziale Kompetenzen weiter.

Gerade vor den Landtagswahlen in unserer Region ergeben Kürzungen keinen Sinn! Wir brauchen einen attraktiveren und inklusiveren Dienst für die Freiwilligen und unsere Einrichtungen. Die Einsatzstellen sind ohnehin wirtschaftlich bedrängten und können es nicht leisten, immer mehr draufzuzahlen. Wir fordern die Abgeordneten des Bundestages auf, im neuen Haushalt gute Strukturen für Freiwilligendienste zu schaffen und sie finanziell ausreichend auszustatten. Wir dürfen die Generation der Zukunft in Zeiten zunehmender Desorientierung und Unsicherheiten nicht allein lassen!"

Oliver Bürgel, Geschäftsführer AWO Landesverband Berlin: "Die geplanten Kürzungen der Freiwilligendienste gefährden die Zukunft junger Menschen und das gesellschaftliche Engagement. Dies verweigert vielen jungen Menschen die Möglichkeit eines wichtigen Orientierungs- und Bildungsjahres zwischen Schule, Ausbildung und Berufseinstieg. Diese Chance, wertvolle Kompetenzen zu erwerben und Gemeinsinn zu fördern, steht auf dem Spiel. Die geplanten Kürzungen gefährden auch die inklusive Teilhabe von Menschen mit Unterstützungsbedarfen und setzen ein falsches Signal in Zeiten, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratiebildung wichtiger sind denn je. Wir appellieren an die Umsetzung des Koalitionsvertrags: Das Budget der Freiwilligendienste FSJ und BFD muss im Bundeshaushalt für 2024 und 2025 unbedingt im bisherigen Umfang verankert werden."

Fabian Wolf, Geschäftsführer Demokratie & Dialog e.V.: "Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft. 100.000 überwiegend junge Menschen engagieren sich jedes Jahr im Rahmen eines Freiwilligendienstes. Und oftmals darüber hinaus, denn FSJ und BFD wirken oft als Türöffner für weiteres Engagement. Die Freiwilligen begegnen Menschen unterschiedlichster Hintergründe, sie engagieren sich für andere, lernen Verantwortung zu übernehmen und erleben Beteiligung. All das stärkt die Engagierten selbst, aber steigert auch die Wahrscheinlichkeit, dass diese sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen. Freiwilligendienste fördern unsere Demokratie! Statt Debatten über einen Pflichtdienst zu führen, gilt es in einer liberalen Gesellschaft zuallererst alle Maßnahmen auszuschöpfen, um das freiwillige Engagement zu fördern. Das bedeutet den Ausbau der Freiwilligendienste, die Absenkung von Zugangsbarrieren und mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung. Die Kürzung der Mittel für Freiwilligendienste ist das genaue Gegenteil und damit ein Schlag ins Gesicht für alle Engagierten!"

Die Jugendlichen aus dem FSJ und BFD werden ab 13:00 Uhr gemeinsam mit Einsatzstellen-Vertreter:innen vor dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend laut. Zum Abschluss am Brandenburger Tor haben Abgeordnete aus Ampel-Regierung und Opposition die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Unter dem Hashtag #Kürztunsnichtweg und in zahlreichen Abgeordnetengesprächen wird das Bündnis weiter gegen die Mittelkürzungen bei den Freiwilligendiensten kämpfen.

### Hintergrund

- Für 2024 ist in den Freiwilligendiensten eine Kürzung der Bundesförderung um rund 25% gegenüber 2023 vorgesehen das sind 78 Mio. € weniger
  - In den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ, FÖJ, IJFD): -25 Mio. €
  - o Im BFD -53 Mio.

- Für 2025 ist eine nochmalige Absenkung der Mittel um weitere 35 Mio. € geplant –
  das bedeutet ab 2025 rund 35% weniger Fördermittel als aktuell.
  - o In den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ, FÖJ, IJFD): -15Mio. €
  - o Im BFD: -20 Mio. €
- Aufgrund der Überjährigkeit in den FWD hätte dies bereits ab 2024 (Spätsommer/Frühherbst) Auswirkungen auf die Planung, Steuerung, Bewerbung und Besetzung von Freiwilligendienstplätzen.

## Anmerkungen

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist ein unabhängiger Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und gliedert sich bundesweit in 30 Bezirks- und Landesverbände, 411 Kreisverbände und 3.514 Ortsvereine. Getragen wird die AWO deutschlandweit von ca. 326.000 Mitgliedern und ca. 228.000 Mitgreitenden.

Bei der AWO in Berlin und ihren Mitgliedsorganisationen sind rund 8.500 Mitarbeitende beschäftigt. Sie zählt derzeit ca. 6.000 Mitglieder. Als Wohlfahrtsverband ist die Berliner AWO in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig, so beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, der Seniorenarbeit, der Migrationssozialarbeit und der Pflege. Auch das Thema Frauen und Gleichstellung spielt eine wichtige Rolle. Das Engagement der AWO stellt stets die Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund. Die Werte Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz sind Grundlage für das Handeln in der AWO.

Die Pressemitteilung zum Download finden Sie auf unserer Website: <a href="https://www.awoberlin.de/pressrelease/kuerzt-uns-nicht-weg/">https://www.awoberlin.de/pressrelease/kuerzt-uns-nicht-weg/</a>

#### Kontakt

Saskia Krumbholz Mitarbeiterin Stabsstelle Kommunikation AWO Landesverband Berlin e. V. Blücherstraße 62 // 10961 Berlin

Telefon: 030 25 389 277 Mobil: 0160 / 95 07 75 50

E-Mail: saskia.krumbholz@awoberlin.de